

Rathaus direkt

INFORMATIONEN DER CDU-RATSFRAKTION MÜNSTER: NR. 27 - MAI 2018

Erleichterung bei der CDU über neuen Wohnungsbau Ankauf York- und Oxford-Kasernen beschlossen

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

die CDU Fraktion ist sehr erleichtert, dass es Oberbürgermeister Markus Lewe mit dem Vertragsabschluss zwischen Stadt und Bund gelungen ist, die Kasernenflächen für neuen Wohnungsbau in Münster unter Dach und Fach zu bringen. Markus Lewe holt die Kastanien aus dem Feuer, die von der SPD hineingeworfen worden sind. Mit einer Entscheidung für eine Zentrale Ausländerbehörde in Münster durch den Rat der Stadt hätte man die Sache ohne Kosten für Münsters Steuerzah-

ler und mit dem Gewinn von hundert Arbeitsplätzen hinbekommen können.

Nun müssen 25 Millionen Euro ausgegeben werden, um die Gremmendorfer Flächen von Flüchtlingseinrichtungen freizubekommen und eine neue Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) für bis zu 500 Asylsuchende am Pulverschuppen einzurichten. 15 Millionen Euro davon muss die Stadt bezahlen, was für Münster reine Steuerverschwendung ist. Die leere und selbstgerechte Symbolpolitik der SPD gegen

notwendige Abschiebungen kostet Münster Millionen und bringt uns eine Anstalt, über deren Abschiebungen in Coesfeld entschieden wird, weil dort jene ZAB entsteht, die Münsters SPD hier nicht haben wollte. Das ist kompletter Irrsinn.

Insgesamt 3000 Wohnungen für 10.000 Menschen sollen auf den Arealen nun zeitnah entstehen. Der Bund räumte für 450 öffentlich geförderte Wohnungen im Gremmendorfer York-Quartier und weitere 100 Wohnungen im Gievenbecker Oxford-Quartier einen Nachlass beim Kaufpreis



von insgesamt mehr als 10 Millionen Euro ein. Das ist der Verhandlungserfolg von Oberbürgermeister Markus Lewe.

Herzliche Grüße

Ihr Stefan Weber
Fraktionsvorsitzender

Musikcampus am Schloss für Münster und Westfalen



Fraktionschef Stefan Weber (links) im Gespräch mit dem Unirektor Prof. Dr. Wessels und CDU-Finanzexperte und Vorsitzenden des Kulturausschusses, Dr. Dietmar Erber

„Die Signale weisen klar auf den Musikcampus nahe dem Schloss. Hier können Stadt und Universität Großes für Münster schaffen“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Stefan Weber, nachdem Universitätsrektor

der Freunde und Förderer des Sinfonieorchesters und der Unterstützung der zuständigen Landesministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen könne der Musikcampus „ein Leuchtturm für die Stadt und Westfalen“ werden, sagte Weber. Nach

Prof. Dr. Johannes Wessels das Projekt am 7. Mai der Rathaus-CDU erläutert hatte.

Nach den jüngsten Äußerungen

den Worten von Oberbürgermeister Markus Lewe braucht das Sinfonieorchester für seine musikalische Weiterentwicklung dringend eine neue Spiel- und Übungsstätte.

Der Musikcampus soll Heimat für die Musikhochschule, die städtische Musikschule und das Sinfonieorchester werden inklusive Musikbühne, die auch für internationale Hochschulkongresse für ein Publikum bis zu 1.500 Zuhörern genutzt werden kann, was akustisch dank heutiger Technik kein Problem ist. Dieses Vorhaben sei für die Stadt auch finanziell auf Dauer am günstigsten, da die Univer-

sität und damit das Land NRW den Musikcampus betreiben wolle. Der Musikcampus an der Hittorfstraße biete aber auch städtebaulich ganz neue Perspektiven im Westen der Stadt. Schloss und Botanischer Garten ließen sich für Rad- und Fußwegverkehr neu erschließen. Stefan Weber: „Jetzt müssen die notwendigen Entscheidungen im Rat getroffen werden, damit wir zum großen Musikjubiläum 2019 in Münster soweit sind.“ Das Stadttheater als bisherige Spielstätte des Sinfonieorchesters könne anderen Musikern eine neue und größere Bühne bieten.

Rathaus direkt

Informationen der CDU-Ratsfraktion Münster: Nr. 27 - Mai 2018

CDU will sparsamen Flächenverbrauch

Die Rathaus-CDU setzt sich für einen sparsamen Flächenverbrauch zum Schutz der Agrarlandschaft und der Artenvielfalt ein. Über eine entsprechende Verwaltungsvorlage, die auf einen gemeinsamen Antrag von CDU und Grünen zurückgeht, wird endgültig im Mai entschieden. „Das schnelle Wachstum der Stadtbevölkerung verlangt neue Bauflächen. Durch innerstädtische Entwicklung und Nachverdichtung kann der Bedarf an Wohnungen und Wirtschaft noch immer zu einem beachtlichen Teil befriedigt werden, aber längst nicht vollständig“, so CDU-Ratsherr Heinz-Georg Buddenbäumer. Es sei eine städtebauliche Qualität neuer Bauflächen mit mehr Dichte, mehr Höhe oder Mehrfachnutzungen erforderlich, um zwischen flächensparender Stadtentwicklung und Versorgung mit Wohnungen, Arbeitsplätzen und Infrastruktur zu bestehen.



Heinz-Georg Buddenbäumer

Neue Bauflächen bedeuten stets einen Eingriff in Landschaft und Natur, der nach dem Gesetz durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden muss. Dadurch wird die landwirtschaftlich nutzbare Fläche doppelt beansprucht. Deshalb sind nach CDU-Ansicht bei den Ausgleichsmaßnahmen neue Wege erforderlich, um den Flächenverbrauch zulasten der Landwirtschaft einzudämmen.

CDU freut sich schon jetzt auf Eröffnung am 17. Juni



Innen herrscht noch Fotografierverbot, kein Geheimnis soll vorzeitig gelüftet werden. Dennoch konnte sich die CDU-Ratsfraktion auch in der Dominikanerkirche und nicht nur davor (Bild) über den Fortschritt der Bauarbeiten informieren.

Bis zum 17. Juni soll alles pünktlich fertiggestellt sein, damit „mit dem Foucaultschen Pendel von Gerhard Richter ein herausragendes Werk der Gegenwartskunst in die Kulturstadt Münster kommen kann“, so CDU-Fraktionsvorsitzender Stefan Weber.

Mit weiteren positiven und gar negativen Überraschungen ist laut CDU aber nicht zu rechnen, sondern sie freut sich nach den Worten ihres Ratsherrn und kulturpolitischen Sprechers Dr. Dietmar Erber, dass das profanierte Kirchengebäude erhalten und weiter öffentlich genutzt werden kann. „Wir sind dem Künstler Gerhard Richter dankbar für sein großartiges Geschenk“, so Erber. Die Stadt realisiert als Gebäudeeigentümerin das für die frühere Kirche entworfene Werk Richters. Das Foucaultsche Pendel wird in der 29 Meter hohen Kirchenkuppel mit vier großen, rechteckigen Glastafeln installiert. Gerhard Richter zählt zu den renommiertesten Künstlern der Gegenwart.

CDU unterstützt Breitensport durch Erhalt der Sportstätten

Neben größeren Investitionen in städtische Sportanlagen und Turnhallen finanziert die Stadt eine Reihe von weiteren Maßnahmen in die Erhaltung der sportlichen Infrastruktur, um den Breitensport zu unterstützen. Auf einen entsprechenden Beschluss des Sportausschusses hat die CDU-Ratsfraktion hingewiesen. Die Entscheidungen sind mit dem Stadt-sportbund, in dem die münsterschen Sportvereine zusammengeschlossen sind, abgestimmt worden.



Andreas Nicklas



So können jetzt Tennenspielfelder der Sportanlagen Hakenesheide der DJK Grün-Weiß Gelmer und Am Hohen Ufer des SC Gremmendorf in Kunstraßenplätze umgewandelt werden. Außerdem werden 2018 für insgesamt 170.000 Euro Sanierungsarbeiten durchgeführt an den Sportanlagen Grevingsstraße, Im Draum, Wolbeck, Roxel, Skateranlage Berg Fidel, Hiltrup-Ost, Arnheimweg und Mauritz-Lindenweg. 80.000 Euro stehen bereit für die Ausbes-

serung von Beregnungsanlagen und Parkplätzen und 100.000 Euro für die Sanierung von Kunststoff-Flächen zur Verfügung. Teilweise noch nicht zu Ende geführte Maßnahmen aus dem vergangenen Jahr werden 2018 zu Ende geführt.

Die Stadtverwaltung hat des Weiteren den Sportsoziologen Prof. Dr. Horst Hübner von der Bergischen Universität Wuppertal beauftragt, den Bedarfsvorrang von Sporthallen in Münster zu klären. Hübner kennt aufgrund der bisherigen Sportentwicklungsplanungen die Strukturen in der Stadt, so Ratsherr Andreas Nicklas nach einer Antwort des städtischen Sportamtes auf seine Anfrage. Darin hatte er sich nach dem Fortgang der Pläne erkundigt.

Bei den Haushaltsberatungen 2018 war vom Rat auf Initiative der CDU ein „Masterplan Sporthallen“ verabschiedet worden, um eine Kriterien-Rangliste auszuarbeiten. „Die wachsende Stadt braucht neben neuen Schulräumen auch entsprechende Sporthallen“, so der sportpolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion.



Rathaus direkt

Informationen der CDU-Ratsfraktion Münster: Nr. 27 - Mai 2018

CDU sorgt sich um künftige Arbeit des Integrationsrates

Nach Rassismus-Pauschalvorwürfen gegen die Polizei und antisemitischen Äußerungen eines Referenten muss die Arbeit des städtischen Integrationsrates für die Rathaus-CDU einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. „Für derartige Ausfälle ist in Münster kein Platz, schon gar nicht unter Veranstaltungsbeteiligung städtischer Behörden“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Stefan Weber. Er kündigte ein Positionspapier der CDU über die künftige Arbeit des Integrationsrates an.



Aasee-Fehler nicht am Kanal wiederholen



Stefan Leschniok

„Besser spät als nie“, kommentiert Ratscherr Stefan Leschniok, ordnungspolitischer Sprecher der Rathaus-CDU, die Ankündigung des städtischen Grünflächenamtes, dem „Wildpinkeln“ Einhalt zu gebieten durch zusätzliche Toiletten an den Aaseekugeln. „Wir haben das immer wieder gefordert und uns fast die Finger mit Anträgen wundgeschrieben. Leider wollte man bei der Verwaltung lange nichts davon hören“, so CDU-Ratscherr Leschniok.

Auch bei zusätzlichen Müllbehältern und Servicepersonal, die ebenfalls auf CDU-Initiative zurückgehen, habe man die Verwaltung mühsam motivieren müssen. Leschniok fordert jetzt von der Verwaltung, am Kanal und an weiteren beliebten Freiflächen im Stadtgebiet die Fehler nicht zu wiederholen. Die Probleme seien bekannt und müssen nach Auffassung der CDU schnell gelöst werden.

Münster greift nach jedem Euro für gute Schulen



Stefan Weber

Die Stadt Münster hat anders als andere Städte sämtliche Fördermittel der NRW-Landesregierung aus dem Programm „Gute Schule 2020“ abgerufen, teilt die CDU-Ratsfraktion mit. Münster bekommt daraus Schulfördermittel von 5,1 Millionen Euro pro Jahr bis einschließlich 2020. „Wir kümmern uns mit allen Kräften um die gute Entwicklung unserer Schullandschaft“, so Vorsitzender Stefan Weber.

Nach einer aktuellen Übersicht der Landesregierung haben im vergangenen Jahr neben Münster Städte wie Düsseldorf (8,1 Millionen Euro), Solingen (4,1 Millionen) oder Dinslaken (1,6 Millionen) jeden ihnen zustehenden Euro abgerufen. Duisburg dagegen verzichtete auf 21,6, Aachen auf 5,2 oder Viersen auf 1,7 Millionen Euro vom Land.

CDU will mehr WLAN-Hotspots in Münster

Die CDU-Ratsfraktion will mehr leistungsfähige WLAN-Hotspots. Deshalb soll die Stadt Mittel aus dem EU-Förderprogramm WiFi4EU beantragen. Die EU-Kommission will mit der am 15. Mai beginnenden Initiative den öffentlichen Raum mit kostenfreiem, schnellem Internet versorgen. Bis zu 8.000 Kommunen können Gutscheine in Höhe von je 15.000 Euro für die Geräte- und Installationskosten eines WLAN-Hotspots beantragen. Hierfür stehen 120 Millionen Euro bereit. Im Gegenzug müssen die Kommunen drei Jahre lang die Kosten für Wartung und Betrieb der Geräte übernehmen sowie eine Internetverbindung bereitstellen. Bei einem positiven Bescheid sollen nach den Vorstellungen der CDU vor allem auch die Außenstadtteile mit WLAN-Hotspots versorgt werden, so Ratscherr Jens Heinemann.



Jens Heinemann

Die Voraussetzungen dafür hat die unionsgeführte Bundesregierung mit dem neuen Bundesgesetz für freie WLAN-Netze im vergangenen Jahr geschaffen. Außerdem trägt das Bundesprogramm zum Breitbandausbau zu einer flächendeckenden Versorgung bei. Hierfür wurden bereits vier Milliarden zur Verfügung gestellt. Zusätzliche 1,15 Milliarden Euro hat das Kabinett eingeplant.

Baukindergeld passt für Münster

Das von der CDU/CSU geforderte und in der Berliner Koalition durchgesetzte Baukindergeld ist nach Überzeugung des CDU-Ratsfraktionsvorsitzenden

Stefan Weber „passgenaue familienfreundliche Politik für Münster“. Die auch von Münsters Bundestagsabgeordneter Sybille Benning geförderte Maßnahme helfe jungen Familien, die heute zu häufig ins Umland ausweichen müssen. Weber ermahnte in diesem Zusammenhang die Stadtverwaltung, endlich dem von der CDU bereits vor drei Jahren herbeigeführten Ratsbeschluss nachzukommen, die städtische Förderung für die eigenen vier Wände zu verbessern. Viele andere Städte hätten längst Förderangebote für Familien entwickelt. Das Baukindergeld wird als Zuschuss bei vorliegender Baugenehmigung oder einem Kaufvertrag rückwirkend ab dem 1. Januar 2018 gezahlt. Schon im August sollen Anträge über ein KfW-Förderprogramm gestellt werden können. Daneben sollen noch im Sommer die Sonderabschreibungsmöglichkeit im freifinanzierten Wohnungsneubau und Änderungen des Mietrechts gesetzlich umgesetzt werden.

